Hinweis: Im Vergleich zu den Ursprungsanträgen sind Neuerungen unterstrichen und Streichungen ~~durchgestrichen~~.

ÄA6.1: Eine starke Linke braucht eine starke Basis - Wichtige Entscheidungen gemeinsam treffen und innerparteiliche Demokratie stärken

Einreichende: Franziska Kage, Johannes Schmidt

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Die Linke Leipzig versteht sich als Mitgliederpartei. ~~Unsere politische Stärke entsteht nicht allein in Vorständen, Fraktionen, Abgeordnetenbüros oder Wahlstäben. Sie entsteht dort, wo Mitglieder diskutieren, Erfahrungen aus ihren Stadtteilen einbringen, unterschiedliche politische Positionen miteinander abwägen und gemeinsam Entscheidungen treffen. Deshalb wollen wir die Beteiligung der Mitglieder b~~Bei grundlegenden politischen und strategischen Entscheidungen ~~verbindlich stärken~~soll die Beteiligung der Mitglieder verbindlich gestärkt werden.

Nicht jede Entscheidung kann ~~und muss~~ von der gesamten Mitgliedschaft getroffen werden. Gewählte Vorstände müssen arbeitsfähig ~~sein~~bleiben, Mandatsträger*innen tragen Verantwortung für ihre Entscheidungen und im politischen Alltag muss manchmal schnell gehandelt werden. Aber dort, wo es um grundlegende Weichenstellungen, das politische Profil unserer Partei oder Entscheidungen mit langfristigen Folgen geht, darf Beteiligung nicht erst beginnen, wenn die Entscheidung faktisch bereits gefallen ist.

Der Stadtvorstand wird deshalb beauftragt, gemeinsam mit den Stadtbezirksverbänden, Zusammenschlüssen und der Stadtratsfraktion die folgenden Verfahren zu entwickeln ~~und~~, umzusetzen~~, durch die wichtige politische Entscheidungen früher, transparenter und verbindlicher mit der Mitgliedschaft diskutiert werden.~~ und über ihre Anwendung regelmäßig Rechenschaft gegenüber dem Stadtparteitag abzulegen:

1. Grundsatzentscheidungen frühzeitig in die Partei geben

Bei politischen Fragen von besonderer Tragweite, zu der keine Beschlussgrundlage eines Parteitages vorliegt, soll die Mitgliedschaft möglichst vor einer abschließenden Positionierung durch Stadtvorstand oder Stadtratsfraktion informiert und einbezogen werden. Dazu zählen insbesondere Entscheidungen,

1) die das politische Profil der Partei in einer zentralen Frage betreffen,
2) die langfristige Folgen für die Stadt haben,
3) bei denen innerhalb der Partei deutlich unterschiedliche Positionen bestehen,
4) die größere strategische Entscheidungen für Wahlkämpfe oder Bündnisse beinhalten,
5) oder die nur schwer wieder rückgängig gemacht werden können.

Je größer die politische Tragweite einer Entscheidung ist, desto größer muss auch die Möglichkeit der Mitglieder sein, an ihrer Entstehung mitzuwirken.

2. ~~Mitgliederforen~~Basiskonferenzen vor wichtigen Entscheidungen

2 ÄA. Änderungsanträge

~~Bei~~Vor Entscheidungen zu solchen Grundsatzfragen sollen gewählte Gremien stärker von den in § 17 bis § 19 Stadtparteisatzung beschriebenen Basiskonferenzen Gebrauch machen oder Mitglieder ermutigen, diese zu initiieren~~stadtweite Mitgliederforen stattfinden.~~ Für diese gilt:

- Die Mitglieder werden frühzeitig über die Ausgangslage informiert.
- Verschiedene Sichtweisen auf antizipierte Konflikte werden nachvollziehbar dargestellt.
- Unterschiedliche Positionen können tatsächlich zu Wort kommen.
- Es besteht ausreichend Raum für Nachfragen und Diskussionen.
- Die Ergebnisse werden anschließend für die Mitglieder dokumentiert und allen Mitgliedern bereitgestellt.
- Gewählte Gremien sind angehalten die Ergebnisse dieser Basiskonferenzen in ihrer Arbeit zu berücksichtigen.

~~Dort müssen unterschiedliche Positionen tatsächlich zu Wort kommen können. Die Mitglieder sollen frühzeitig über die Ausgangslage informiert werden. Verschiedene Positionen und mögliche Alternativen sollen nachvollziehbar dargestellt werden. Es muss ausreichend Raum für Nachfragen und Diskussion geben. Die Ergebnisse sollen anschließend für die Mitglieder dokumentiert werden.~~

~~Wo es sinnvoll ist, sollen auch schriftliche Beiträge und digitale Beteiligungsmöglichkeiten angeboten werden. Wer aufgrund von Arbeit, Sorgearbeit, Krankheit oder anderen Verpflichtungen nicht an jeder Parteiveranstaltung teilnehmen kann, darf deshalb nicht von politischer Beteiligung ausgeschlossen sein.~~

~~3. Der Basis ein eigenes Initiativrecht geben~~

~~Nicht allein der Stadtvorstand soll entscheiden können, welche Frage wichtig genug für eine stadtweite Debatte ist. Wenn mindestens zwei Stadtbezirksverbände oder eine festzulegende Zahl von Mitgliedern dies verlangen, soll der Stadtvorstand ein stadtweites Mitgliederforum zu dieser politischen Frage einberufen.~~
~~Bei besonders weitreichenden Grundsatzfragen soll außerdem geprüft werden, ob eine Mitgliederbefragung oder, soweit Satzung und rechtliche Rahmenbedingungen dies ermöglichen, ein Mitgliederentscheid durchgeführt werden kann.~~

~~4~~3. Kandidat*innenfindung transparenter gestalten

~~Die Diskussion um unsere Kandidatur zur Oberbürgermeister*innenwahl 2027 hat gezeigt, dass eine formale Abstimmung allein noch keine umfassende Beteiligung garantiert. Bei verschiedenen Diskussionsveranstaltungen in den Stadtbezirksverbänden wurde von Mitgliedern kritisiert, dass lange unklar war, wie die Kandidat*innenfindung abläuft, nach welchen Kriterien mögliche Kandidat*innen bewertet werden und welche Möglichkeiten es für Mitglieder gibt, selbst eine Kandidatur anzustreben. Gerade neu eingetretene Mitglieder berichteten, dass der Prozess für sie nur schwer nachvollziehbar war und sie erst sehr spät erfuhren, wie die Kandidat*innenfindung vorbereitet worden war.~~

Für ~~zukünftige~~ Kandidaturen von besonderer politischer Bedeutung ~~soll deshalb gelten~~gilt:

- Der Zeitplan und das Verfahren der Kandidat*innenfindung werden frühzeitig veröffentlicht.
- Alle Mitglieder werden rechtzeitig per Informationsmail und, wo sinnvoll, zusätzlich

durch eine Informationsveranstaltung darüber informiert, wie das Verfahren abläuft und wie sie selbst ihr Interesse an einer Kandidatur erklären oder sich um eine Kandidatur bewerben können.
- Die politischen Anforderungen an eine Kandidatur werden frühzeitig mit der Mitgliedschaft diskutiert.
- Mitglieder erhalten rechtzeitig die Möglichkeit, mögliche Kandidat*innen kennenzulernen und mit ihnen zu diskutieren.
- Empfehlungen des Stadtvorstandes werden nachvollziehbar begründet~~. Eine Empfehlung darf die politische Debatte~~ und nehmen die Entscheidung der zuständigen Mitgliederversammlung nicht vorweg~~nehmen~~.

~~Wir wollen Mitglieder nicht erst dann mobilisieren, wenn Plakate geklebt, Haustüren besucht und Infostände besetzt werden müssen. Wer einen Wahlkampf tragen soll, muss auch die Möglichkeit haben, seine politische Ausrichtung mitzugestalten.~~

~~Das gilt auch nach der Kandidat*innena~~Auch nach der Aufstellung~~. D~~ führt der Stadtverband, vertreten durch den Stadtvorstand,~~ soll~~ regelmäßig offene Strategie- und Auswertungsrunden durch~~führen~~. Mitglieder~~Stadtbezirksverbände und aktive Basisstrukturen sollen~~ erhalten feste Möglichkeiten~~ erhalten~~, Vorschläge einzubringen und bei wichtigen Schwerpunktsetzungen des Wahlkampfs mitzuwirken. ~~Wir begrüßen, dass die Kritik der Intransparenz wahrgenommen wurde und es nun beim OBM-Wahlkampf vielfältige Möglichkeiten zur Beteiligung gibt. Unser Anspruch, eine Mitmachpartei zu sein, darf nicht beim Wahlkampfmaterial enden. Er muss sich auch in unseren eigenen Strukturen zeigen.~~

~~5~~4. Einen jährlichen kommunalpolitischen Ratschlag schaffen

Mindestens einmal im Jahr soll ein offenes Treffen zwischen interessierten Mitgliedern, Stadtvorstand und Stadtratsfraktion stattfinden.~~ Dabei soll es nicht in erster Linie um eine einzelne anstehende Entscheidung gehen. Dafür sind die Mitgliederforen vorgesehen.~~ Der kommunalpolitische Ratschlag dient nicht der Entscheidung über eine einzelne anstehende Frage, sondern dem frühzeitigen Austausch~~soll vielmehr einen Raum schaffen, um frühzeitig~~ über größere Vorhaben, absehbare Konflikte und politische Schwerpunkte des kommenden Jahres~~ zu sprechen.~~ Eine Verbindung mit bzw. Erweiterung der etablierten gemeinsame Sitzung der Stadtratsfraktion mit den Mitgliedern der Ortschaftsräte und Stadtbezirksbeiräte sollte durch Stadtvorstand und Stadtratsfraktion geprüft werden.

~~Mitglieder sollen dort erfahren können, welche wichtigen~~Fraktion und Stadtvorstand stellen dort anstehende kommunalpolitische~~n~~ Entscheidungen ~~bevorstehen und welche Fragen sich aus Sicht der Fraktion und des Stadtvorstandes abzeichnen~~dar und berücksichtigen auch antizipierte Konflikte. ~~Gleichzeitig sollen Stadtbezirksverbände, Zusammenschlüsse und einzelne~~ Mitglieder bekommen die Möglichkeit eigene Themen und Konflikte einzubringen~~können, die aus ihrer Sicht stärker auf die politische Agenda gehören~~.

~~Es geht dabei ausdrücklich nicht darum, unsere Stadträt*innen zu kontrollieren oder ihnen ihre politische Verantwortung abzusprechen. Es geht darum, politische Debatten früher zu führen und Wissen aus Fraktion und Basis miteinander zu verbinden.~~

~~Unsere Stadträt*innen haben Einblicke in parlamentarische Abläufe, Verhandlungen und Sachzwänge. Unsere Mitglieder bringen Erfahrungen aus Stadtteilen, Initiativen, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und dem eigenen Alltag mit. Linke Kommunalpolitik wird besser, wenn beides zusammenkommt.~~

4 ÄA. Änderungsanträge

~~6~~5. Unterschiedliche Positionen zulassen, ohne uns gegenseitig zu beschädigen

Der Stadtparteitag bekennt sich zu~~Basisdemokratie bedeutet nicht, jeden Konflikt über Pressemitteilungen oder soziale Medien auszutragen. Wir wollen~~ einer politischen Kultur, in der Widerspruch nicht als Illoyalität behandelt wird und politische Differenzen nicht zu persönlichen Auseinandersetzungen werden. ~~Unterschiedliche Positionen müssen möglich sein. Persönliche Angriffe, Unterstellungen und öffentliche Abrechnungen helfen dagegen niemandem.~~ Konflikte soll~~ten zuerst~~ dort ausgetragen werden, wo sie politisch produktiv werden können. Das sind unsere Mitgliederversammlungen, Stadtbezirksverbände, Zusammenschlüsse, ~~Mitgliederforen~~Basiskonferenzen, ~~und~~ Parteitage, parteiinternen Informationskanäle und Parteipublikationen wie das Mitteilungsblatt - nicht in erster Linie über Pressemitteilungen oder soziale Medien.
~~Nach einer demokratischen Entscheidung müssen unsere gewählten Gremien handlungsfähig bleiben. Gleichzeitig darf Geschlossenheit nicht bedeuten, dass Minderheitspositionen nicht mehr ausgesprochen werden dürfen. Geschlossenheit entsteht nicht dadurch, dass Konflikte vermieden werden. Sie entsteht dann, wenn wir offen und solidarisch miteinander streiten und am Ende gemeinsam Entscheidungen treffen.~~Verschiedene Positionen müssen sagbar bleiben. Damit daraus ein erkenntnisorientierter Diskurs werden kann, der in der Lage ist, politische Positionen zu schärfen und Lagerdenken abzubauen, brauchst es den Willen aller Mitglieder, sich an einem solchen offenen und erkenntnisorientierten Diskurs zu beteiligen und nicht auf mediale Diffamierungen und innerparteiliche Repressionen zurückzugreifen, um die Oberhand über den Diskurs zu gewinnen.

Wir fordern alle Mitglieder dazu auf, sich an der Schaffung und Aufrechterhaltung einer solchen Diskussionskultur und am Schutz innerparteilicher Diskussionsräume zu beteiligen.

~~7~~6. Entscheidungsmacht darf nicht von Ressourcen abhängen

~~Innerparteiliche Demokratie bedeutet auch, dass demokratische Entscheidungsmacht nicht davon abhängen darf, wer über die meisten Ressourcen verfügt.~~ Beschlüsse gewählter Gremien und Gliederungen müssen innerhalb ihrer satzungsmäßigen Zuständigkeit respektiert werden. Sie dürfen nicht dadurch faktisch eingeschränkt, übergangen oder ausgehebelt werden, dass andere Ebenen der Partei über mehr Geld, Personal, technische Infrastruktur, Kommunikationskanäle oder öffentliche Reichweite verfügen. Höhere Ressourcenausstattung darf nicht zu höherer Entscheidungsmacht führen.

~~Unterschiedliche Ebenen und Strukturen unserer Partei verfügen zwangsläufig über unterschiedliche Möglichkeiten. Daraus darf aber keine unterschiedliche demokratische Wertigkeit ihrer Entscheidungen entstehen. Ein demokratisch gefasster Beschluss darf nicht deshalb weniger Gewicht haben, weil die Menschen, die ihn getroffen haben, weniger hauptamtliche Unterstützung oder geringere finanzielle und kommunikative Mittel zur Verfügung haben.~~

Ressourcen sollen demokratische Arbeit ermöglichen und unterstützen. Sie dürfen nicht darüber entscheiden, welche demokratisch legitimierte Position sich innerhalb der Partei faktisch durchsetzen kann.

~~Wo Entscheidungen nach Satzung bei einem bestimmten Gremium oder einer bestimmten Gliederung liegen, muss dieses Entscheidungsrecht auch praktisch bestehen. Höhere Ressourcenausstattung darf nicht zu höherer Entscheidungsmacht führen.~~

Wir fordern alle Mitglieder auf - besonders solche mit Zugang zu innerparteilichen

Ressourcen, Medienreichweite oder Entscheidungskompetenzen, wie Amts- und Mandatsträger*innen oder Angestellten - sich ihrer Verantwortungsposition bewusst zu werden, besondere Sorgfalt bei Entscheidungen, die Dritte betreffen, walten zu lassen und sich eine Offenheit für Kritik zu bewahren.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt: